

März 2026

Länderbericht

Abteilung Lateinamerika



Der Krieg im Iran - Folgen für Lateinamerika

*Johannes Hügel, Olaf Jacob, Susanne Käss, Annette Schwarzbauer,
Dr. Kristin Wesemann*

Zusammengestellt von Dr. Patricia Enssle und Christoph Kleiber

Seit dem 28. Februar führen die USA und Israel einen offenen Krieg gegen den Iran. Die Eskalation im Nahen Osten wird in Lateinamerika mit unterschiedlicher Intensität verfolgt und diskutiert, rückt jedoch in vielen Ländern zugunsten aktueller innenpolitischer Entwicklungen in den Hintergrund. Gleichzeitig sind in der Region deutlich spürbare wirtschaftliche Folgen sichtbar, die den Alltag der Bevölkerung unmittelbar beeinflussen. In diesem Bericht geben unsere Auslandsmitarbeiter in ausgewählten Ländern der Region einen Überblick darüber, welche wirtschaftlichen Folgen der Irankrieg vor Ort hervorruft und wie die jeweiligen Regierungen Position zum Konflikt sowie zum Vorgehen der USA und Israels beziehen. Zudem beleuchten sie, welche Haltung politische Partner und der Adenauer-Stiftung nahestehende Parteien einnehmen, wie sich die allgemeine Stimmung im Land entwickelt und welche Akteure durch die gegenwärtige Krise profitieren könnten.

Argentinien

In Argentinien zeigen sich bereits spürbare wirtschaftliche Auswirkungen des Irankrieges. Da das Land in den vergangenen Jahren zunehmend zum Ölexporteur geworden ist, profitieren insbesondere die nationalen Ölunternehmen von den gestiegenen Weltmarktpreisen. Gleichzeitig führt der Preisanstieg zu erheblichem Druck auf den Binnenmarkt: Die Verbraucher sehen sich mit höheren Benzinpreisen konfrontiert, und durch steigende Transportkosten verteuern sich zahlreiche Waren des täglichen Bedarfs. Für die Regierung ergibt sich daraus ein schwieriges Spannungsfeld zwischen der Aufrechterhaltung der Haushaltsdisziplin und der Vermeidung eines erneuten Inflationsschubs, sollte sie gezwungen sein, Kraftstoff stärker zu subventionieren.

Die Regierung von Präsident Javier Milei unterstützt den von den USA und Israel geführten Krieg gegen den Iran ausdrücklich und bezeichnet ihn als legitimes Instrument im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Diese Position fügt sich in das traditionell angespannte Verhältnis zwischen Argentinien und dem Iran ein, das auf die Anschläge auf die israelische Botschaft (1992) und das jüdisch-argentinische Kulturzentrum AMIA (1994) zurückgeht, die der Hisbollah mit Unterstützung des iranischen Regimes zugeschrieben werden. Nach Mileis öffentlicher Stellungnahme zugunsten Washingtons und Jerusalems kritisierte die staatliche iranische Presse die argentinische Regierung scharf und warnte davor, Argentinien habe „eine rote Linie überschritten“ und müsse mit Konsequenzen rechnen.

Im politischen Umfeld der Adenauer-Stiftung findet der Regierungskurs grundsätzlich Unterstützung, insbesondere aus Reihen der KAS-Partnerpartei PRO. Gleichwohl äußern mehrere KAS-Partner hinter verschlossenen Türen Sorge über die möglichen wirtschaftlichen Folgen eines länger andauernden Konflikts. Vor allem die fragile makroökonomische Lage wird als potenziell gefährdet angesehen. Zudem wird die starke

Anlehnung an die US-Position kritisch betrachtet; zahlreiche Akteure aus der politischen Mitte wünschen sich eine eigenständigere außenpolitische Linie des Landes. In der Bevölkerung wächst derweil die Angst vor möglichen terroristischen Anschlägen, die Debatten in den Medien und im öffentlichen Raum prägen.

Ob Drittstaaten vom Irankrieg profitieren, lässt sich derzeit noch nicht abschließend beurteilen. Sollte der Konflikt jedoch länger anhalten, könnte dies die ökonomische Abhängigkeit Argentiniens von China weiter erhöhen, etwa durch verstärkte Nutzung finanzieller Instrumente wie Währungs-Swaps. Eine wesentliche Stärkung russischen Einflusses erscheint hingegen wenig wahrscheinlich.

Chile

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Irankriegs für die Bevölkerung sind unmittelbar spürbar. Am 23. März kündigte Finanzminister Jorge Quiroz eine drastische Erhöhung der Kraftstoffpreise an, die ab dem 26. März wirksam wurde. Benzin verteuerte sich um rund ein Drittel, Diesel sogar um über 60 Prozent. Da Chile rund 99 Prozent seiner Kraftstoffe importiert, schlagen steigende internationale Ölpreise nahezu vollständig auf die Endverbraucher durch. Die Regierung hat bislang nur begrenzte Maßnahmen zur Abfederung angekündigt, darunter finanzielle Unterstützung für Taxifahrer sowie ein Einfrieren der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr in Santiago. Die Erwartung eines breiten Preisanstiegs aufgrund höherer Transportkosten und der damit verbundenen Inflationsrisiken hat die Bevölkerung überrascht und in den ersten Schnellumfragen zu einem deutlichen Rückgang der Zustimmung zur neuen Regierung geführt.

Präsident Kast hatte sich bereits vor seinem Amtsantritt öffentlich für die Militärintervention der USA und Israels im Iran ausgesprochen. Seine Position orientiert sich eng an einer prowestlichen außenpolitischen Linie, die er im Wahlkampf angekündigt hatte. Die KAS-Partnerpartei Renovación Nacional unterstützt als Teil des Regierungsbündnisses die Position der Exekutive offiziell, auch wenn in vertraulichen Gesprächen führende Vertreter der Partei eine differenziertere, weniger konfrontative Haltung erkennen lassen. In der breiteren Bevölkerung wird der Irankrieg zwar wahrgenommen, steht jedoch angesichts der akuten sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen deutlich hinter innenpolitischen Themen zurück. Die Regierung von Präsident José Antonio Kast hat erst vor rund zwei Wochen ihr Amt angetreten und ist derzeit vorrangig mit der Besetzung zentraler Regierungs- und Verwaltungspositionen beschäftigt. Parallel dazu ringt die Opposition noch um ihre neue politische Rolle. Vor diesem Hintergrund erscheint der internationale Konflikt für große Teile des politischen Systems wie ein entferntes Ereignis, das nur begrenzt Aufmerksamkeit erhält – unter stabileren innenpolitischen Bedingungen wäre das Interesse an der Entwicklung vermutlich deutlich größer.

Eine Einschätzung darüber, ob Drittstaaten wie China oder Russland vom Irankrieg profitieren könnten, ist derzeit kaum möglich. Die neue Regierung hat jedoch klar signalisiert, dass sie die Beziehungen zu den USA und Europa stärken möchte, was eine Priorisierung westlicher Partnerschaften in der Außenpolitik erkennen lässt.

Kolumbien

In Kolumbien zeigt der Irankrieg überwiegend indirekte wirtschaftliche Auswirkungen, die jedoch in mehreren Bereichen spürbar sind. Als Energieexporteur profitiert das Land kurzfristig von den gestiegenen Ölpreisen, die zu höheren Exporterlösen und zusätzlichen fiskalischen Einnahmen führen, was die Haushaltslage vorübergehend stabilisiert. Gleichzeitig treten deutliche Belastungsfaktoren auf, insbesondere durch steigende Energie- und Transportkosten, die Inflationsdruck erzeugen und die Verbraucherpreise erhöhen. Hinzu kommt das Risiko höherer Benzinpreise im Inland sowie die Verteuerung von Fracht und Versicherungen, was sich unmittelbar auf Importpreise und Lieferketten auswirkt. Besonders relevant ist der starke Preisanstieg bei Düngemitteln, von denen Kolumbien rund drei Viertel importiert. Die jüngste Preisentwicklung – etwa bei Harnstoff – belastet den

Agrarsektor erheblich und führt zu steigenden Produktionskosten, die mittelfristig zu höheren Lebensmittelpreisen führen.

Die Regierung von Präsident Gustavo Petro bezieht klar Stellung gegen das militärische Vorgehen der USA und Israels im Iran und beruft sich dabei auf die Prinzipien des Multilateralismus, des Völkerrechts und die Notwendigkeit diplomatischer Lösungen. Petro fordert einen Waffenstillstand und eine stärkere Rolle der Vereinten Nationen und hat die Angriffe als völkerrechtswidrig bezeichnet. Politisch ist diese Haltung jedoch schärfer zu interpretieren: Petro nutzt den Konflikt sichtbar, um seine kritische Linie gegenüber Israel und seine Distanzierung vom Westen zu betonen. Auffällig ist, dass seine Kritik an den USA oftmals indirekt formuliert wird, indem er Washington auffordert, seine Allianz mit Israel zu überdenken. Trotz einer insgesamt angespannten Beziehung zu den USA vermeidet die Regierung jedoch eine offene Eskalation. Die Betonung des Multilateralismus dient vor allem dazu, eine kritische Haltung gegenüber dem Westen zu untermauern.

Im politischen Umfeld der Adenauer-Stiftung spielt der Irankrieg bislang keine hervorgehobene Rolle. Die politischen Partner aus dem Mitte-rechts-Spektrum, darunter Centro Democrático und Partido Conservador, vertreten traditionell pro-westliche Positionen und kritisieren den außenpolitischen Kurs der Regierung. Führende Persönlichkeiten, darunter Präsidentschaftskandidatin Paloma Valencia, lehnen Petros Haltung ausdrücklich ab und positionieren sich klar westorientiert. Zugleich wird die politische Agenda im Land vollständig vom Präsidentschaftswahlkampf dominiert, in dem innenpolitische Themen wie Sicherheit, Wirtschaft und Korruption im Vordergrund stehen. Außenpolitische Fragen spielen dabei kaum eine Rolle. Auch in der Bevölkerung herrscht weitgehend Indifferenz gegenüber dem Irankrieg; das Thema wird vor allem über seine wirtschaftlichen Folgen wahrgenommen, insbesondere über Inflation, Benzinpreise und Lebensmittelkosten.

Ein direkter politischer Vorteil für Drittakteure wie China oder Russland ist bislang nicht erkennbar. Beide nutzen den Konflikt derzeit nicht sichtbar, um ihren politischen Einfluss in Kolumbien auszubauen. Indirekte wirtschaftliche Effekte bestehen jedoch insofern, als Kolumbien bei Düngemitteln auf Importe aus Russland und China angewiesen ist und Preissteigerungen sowie globale Verschiebungen in Lieferketten diesen Akteuren zugutekommen können. Insgesamt verbleibt der Einfluss dritter Staaten jedoch im ökonomischen Bereich und hat bislang keine erkennbare politische Dimension.

Mexiko

In Mexiko zeigen sich die wirtschaftlichen Auswirkungen des Irankrieges bislang vor allem indirekt über weltwirtschaftliche Kanäle. Als Energieproduzent profitiert das Land grundsätzlich von höheren Ölpreisen, die zu steigenden Exporterlösen führen. Gleichzeitig ist Mexiko stark von Benzinimporten abhängig, sodass teurere Kraftstoffe Inflationsdruck erzeugen und die Verbraucherpreise in zentralen Sektoren spürbar belasten. Diese Konstellation macht das Land besonders sensibel gegenüber Energieschocks. Der Anstieg der Transportkosten wirkt sich zusätzlich auf die allgemeine Preisentwicklung aus. Auch der Peso reagierte zuletzt mit stärkerer Volatilität. Darüber hinaus könnten sich mögliche Abschwächungen der US-Konjunktur infolge des Konflikts unmittelbar auf Mexiko auswirken, da die wirtschaftlichen Verflechtungen beider Länder hoch sind. Insgesamt sind die direkten Effekte begrenzt, doch die Risiken einer beschleunigten Inflation bleiben deutlich spürbar.

Die mexikanische Regierung hält an ihrem traditionell außenpolitischen Ansatz der Nichteinmischung und der Bevorzugung multilateraler Konfliktlösung fest. Weder zugunsten der USA/Israel noch zugunsten Irans wurden offizielle Stellungnahmen abgegeben. Stattdessen betont die Regierung die Notwendigkeit von Deeskalation und diplomatischen Formaten, was sich in einer vorsichtigen, legalistischen Sprache widerspiegelt. Das internationale Profil bleibt entsprechend niedrig, und Mexiko vermeidet es bewusst, sich klar auf eine Seite des Konflikts zu stellen.

Im politischen Umfeld der Adenauer-Stiftung spielt der Irankrieg derzeit kaum eine Rolle. Während die Regierungspartei MORENA eine stark souveränitätsorientierte Linie vertritt und sich grundsätzlich kritisch gegenüber militärischen Interventionen äußert, ist die Opposition – darunter die KAS-Partnerpartei PAN – traditionell stärker westlich orientiert. Doch auch sie vermeidet Forderungen nach direktem politischem Engagement im Konflikt. Insgesamt besteht ein breiter Konsens darüber, dass das Thema auf der politischen Agenda nur geringe Relevanz besitzt. Auch in der Öffentlichkeit findet der Konflikt wenig Aufmerksamkeit; wahrgenommen wird er vor allem wegen der steigenden Benzinpreise und den allgemeinen Inflations Sorgen, nicht aber als außenpolitisches Thema, das gesellschaftliche Debatten auslöst oder polarisiert.

Ob Drittstaaten von der gegenwärtigen Lage profitieren, ist nur eingeschränkt zu bewerten. Russland dürfte aufgrund der hohen Energiepreise wirtschaftliche Vorteile ziehen, während China seinen diplomatischen und wirtschaftlichen Einfluss im sogenannten "Globalen Süden" weiter konsolidiert. Beide Entwicklungen stehen jedoch eher im globalen Kontext und entfalten bislang keine erkennbare unmittelbare Wirkung auf die mexikanische Innenpolitik.

Peru

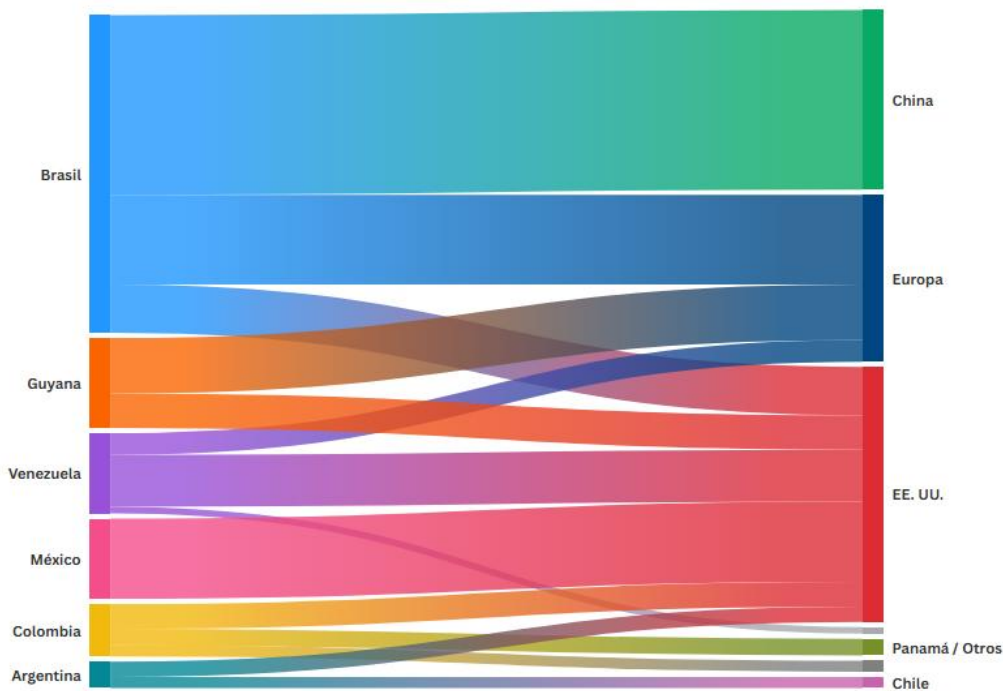
In Peru treffen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Irankrieges auf eine ohnehin angespannte Versorgungslage. Die steigenden internationalen Erdölpreise fallen zeitlich mit einem Schaden an einer zentralen Gaspipeline zusammen, die für die Bereitstellung von Flüssiggas entscheidend ist. Flüssiggas ist nicht nur ein zentraler Energieträger im öffentlichen und privaten Transportsektor, sondern spielt auch eine wichtige Rolle in der Stromerzeugung und in der Haushaltsversorgung. Die gleichzeitige Verknappung und Verteuerung von Gas sowie die Notwendigkeit, auf Benzin und Diesel auszuweichen, die ihrerseits durch die globalen Ölpreisanstiege teurer wurden, haben den Preisdruck im Transportsektor deutlich erhöht. Hinzu kommt die strukturell schwache Lage des staatlichen Erdölunternehmens Petroperú, das wiederholt staatliche Unterstützung benötigt und derzeit aufgrund fehlender Liquidität nicht in der Lage ist, Preisanstiege durch Treibstoffreserven abzufedern. Politisch ist zudem umstritten, ob das jüngst erlassene Dekret zur Neuordnung von Petroperú zurückgenommen werden soll, was auch im Kontext der globalen Energieunsicherheiten diskutiert wird. Die Kombination internationaler und nationaler Faktoren führt zu teils vorübergehenden, teils anhaltenden Preissteigerungen im Personen- und Gütertransport und weckt Sorgen vor einem Dominoeffekt, der bei anhaltend hohen Erdölpreisen die Verbraucherpreise spürbar anheben könnte.

Außenpolitisch folgt Peru seiner traditionellen neutralen Linie. Das Außenministerium veröffentlichte unmittelbar nach den Angriffen auf den Iran am 28. Februar ein Kommuniqué, das zur Deeskalation aufruft und die Bedeutung diplomatischer Lösungen betont. Die Regierung äußerte die Hoffnung, dass Stabilität und Ruhe in der Region bald wiederhergestellt werden und alle beteiligten Parteien Handlungen vermeiden, die zur Verschärfung des Konflikts beitragen könnten. Diese Haltung entspricht der langjährigen peruanischen Linie einer vorsichtigen, multilateralen Außenpolitik, die direkte Stellungnahmen zugunsten einzelner Akteure vermeidet. Peru verfügt zudem über eine bedeutende Diaspora im Nahen Osten, insbesondere in Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das Außenministerium reagierte rasch auf die Eskalation und evakuierte in der ersten Märzwoche rund dreißig in der Region befindliche Staatsbürger.

Im politischen Umfeld der Adenauer-Stiftung wird der Konflikt im Nahen Osten als weit entfernt wahrgenommen. Aufmerksamkeit erhält er nahezu ausschließlich aufgrund möglicher ökonomischer Auswirkungen. Die politische Diskussion im Land wird gegenwärtig vom Wahlkampf vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 12. April dominiert, wodurch internationale Themen kaum Raum erhalten. Auch in der Bevölkerung steht die Sorge um steigende Kosten des täglichen Lebens deutlich im Vordergrund, während außenpolitische Fragen eine untergeordnete Rolle spielen.

Eine klare Bewertung möglicher Profiteure ist schwierig. Peru unterhält historisch gewachsene und vielfältige Beziehungen zu China, das wirtschaftlich ein zentraler Partner ist. Gleichzeitig bemühen sich die USA verstärkt um Einfluss, nicht zuletzt wegen der strategischen Lage des Landes und seines Rohstoffreichtums. Peru pflegt traditionell gute Beziehungen zu unterschiedlichen Weltregionen, einschließlich der EU, was zu einer grundsätzlich neutralen Position in internationalen Konflikten führt. Diese Haltung wird auch durch das Konzept der „aktiven Neutralität“ geprägt, das der ehemalige Außenminister Elmar Schialer formulierte und das eine gleichzeitige Zusammenarbeit mit verschiedenen globalen Akteuren vorsieht, ohne sich eindeutig einem Lager zuzuordnen.

Ölexporter lateinamerikanischer Länder und ihre wichtigsten Abnehmer



Quelle: Diálogo Político (KAS), [De Ormuz al Amazonas: cómo se posiciona Sudamérica en el tablero petrolero - Diálogo Político.](#)

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Jan Woischnik
Abteilung Lateinamerika
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)